

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die Zeilspalte. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

An die Mitglieder der Gewerkschaften.

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflations-Reichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag, und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus, und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüßten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen, und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, soviel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stätten des Klassenkampfes auf den Boden einer Kadavrhöhle hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den

Parlamentarismus den Arbeitern zu vereiteln. Oder ist der Reichstag keine Stätte des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Lärmzonen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Sagt

sie zum Teufel alle jene, die euch mißbrauchen wollen für ihre lichtscheuen Pläne, die mit Hilfe eures Stimmzettels sich Macht und Einfluß verschaffen wollen, damit

sie

euch nachher, desto besser unter die Fuchtel nehmen können. Denkt einmal zurück! Wer hat euch

zum

vollberechtigten Staatsbürger gemacht? Wer hat für eure staatsbürgerlichen Rechte jahrzehntelang gekämpft und gelitten? Die Sozialdemokratische Partei war es, niemand anders! Deshalb zum

Teufel

mit den Phrasendreschern aller Schattierungen, die so tun, als seien sie eure besten Freunde, während im Hintergrunde schon die Kluft winkt. Wer Recht und Freiheit achtet, der wähle sozialdemokratisch!

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wiederbekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gestaltet? Wo wird die Arbeitslosenversicherung geschaffen und wo wird die Reichsversicherungsordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Lasten gesetzlich geregelt? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um Euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen Ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um Euer tägliches Brot. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstage gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kinderkompeten geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt, ernste, sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von Euren Klassegegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt Ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade Ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als die Helfershelfer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt Eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die Euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflusslosigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und Ihr, Gewerkschaftsmitglieder, Ihr seid der Vortrupp. Laßt Euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei ernster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die 8. Tagung des Verbandsbeirats.

fand am 19. November in Hannover im großen Expeditionsaal des "Proletariers" statt. Folgende Tagesordnung war zu erledigen:

1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers.
2. Unsere Stellung zum Abschluß und zur Erneuerung von Reichs- oder Bezirksstatuten.
3. Beiträge und Unterstützungen, besonders Wegfall der Karenzzeit für Streikunterstützung.
4. Der Verbandsstag in Leipzig.
5. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

Der Vorsitzende Kollege Brey geht in seinem Bericht auf die seit der letzten Beiratsitzung vorgekommenen wichtigsten Zeitereignisse innerhalb und außerhalb des Verbandes ein, soweit diese in wechselseitigen Beziehungen standen und stehen. Er erinnert an die durch die Markstabilisierung eingetretene Besserung auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, aber auch an die Arbeitslosigkeit als Teilfolge der Stabilisierungsaktion. Hieraus erklärt sich auch zum Teil der Mitgliederzurückgang der Gewerkschaften, also auch unseres Verbandes, jedoch ist die Mitgliederflucht — die längst wieder zum Stillstand gekommen ist — in hervorragendem Maße das Resultat der Beschimpfungen und Verleumdungen durch den sogenannten Industrieverband der Chemie. Einige der Verleumdungen mußten kürzlich vor Gericht die Haltlosigkeit ihrer niedrigen Verdächtigungen zusehen und wurden bestraft. Genügt hat den Kommunisten und ihrer Presse der Verleumdungselend nichts. Sie gehen vielmehr an ihren eigenen Sünden zugrunde. Nur die Unternehmer gäßen daraus Vorteil gezogen; sie stehen einer geschwächten Arbeiterkraft stärker gegenüber als je.

Brey geht dann auf die Preislenkungsversuche der Regierung ein, die von den Produzenten und Verkäufern durchkreuzt wurden. Weiter verweist Brey auf den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Erhebung des in der Nr. 35 des "Proletariers" ausgeschriebenen einmaligen Extrabeitrages von 50 Pf. Der Beirat nimmt die Mitteilung entgegen, daß im kommenden Jahre eine Heimarbeits-Ausstellung

stattfindet, an der sich unser Verband aktiv beteiligen wird. Mit den Vorarbeiten hierzu ist der Kollege Adler beauftragt. Mit dem Verbandsrat der Bekleidungsarbeiter befinden wir uns in einem Grenzstreit wegen der Gummiwänfelkleberinnen in den Gummimantelfabriken. Der Verbandsbeirat steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Kleberinnen nur für den Fabrikarbeiterverband in Frage kommen können. Der diesbezügliche Anspruch des Bekleidungsarbeiterverbandes sei zurückzuweisen.

Hierauf berichtet der Hauptkassierer Köhler über die Finanzgebarung der Hauptkasse. Die Gesundheit unserer Finanzen schreibt vorwärts. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn alle Zahlstellen sich daran gewöhnen, in kurzen Zwischenräumen die verfügbaren Hauptkassenbeträge einzulenden, richtige Beiträge erheben, um auf eigenen Füßen stehen zu können, d. h. also, der Hauptkasse ihre 65 Prozent voll zu senden. Ferner muß in kurzen Zeiträumen mit den Hilfskassierern, am besten wöchentlich, abgerechnet werden. Vielleicht verringert sich dann das Verlieren und unvorsichtige Verbrennen von Marken, das in Hannover stets Zweifel begegnet. Die Zahlstellen dürfen ohne Genehmigung des Hauptvorstandes nicht einfach über die Hauptkassenbeiträge verfügen. Nicht durch Zuschüsse aus der Hauptkasse können die Zahlstellen finanziell gesunden, sondern nur durch Erhebung richtiger Beiträge. Der Oppau-Fonds ist voll, also zu 100 Prozent angeworfen, mit 6775 Mk. ausgezahlt worden.

Schmidt vom Vorstand erörtert hierauf die Frage der Bildung und Schulung unserer jugendlichen Mitglieder, empfiehlt die Schaffung von Jugendkariereisen und warnt vor Zerplitterung. Nachdem Adler kurz die Vorarbeiten zur Heimarbeits-Ausstellung besprochen, beteiligen sich an der Aussprache zum Vorstandsbericht die Kollegen Reimann, Tempel, Grafe und Hertwig.

Der Verbandsbeirat beschließt hierauf: Der in der Nr. 35 des "Proletariers" ausgeschriebene einmalige Extrabeitrag von 50 Pf. gilt als Pflichtbeitrag. Die Nichtbezahlung dieses Extrabeitrages wird als Beitragsrückstand betrachtet und kann erst den Verlaß von Unterstützungen zur Folge haben. Täglich der Bildung und Schulung jugendlicher Ver-

bandsmitglieder wird folgende Entschliebung angenommen:

Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands behandelte auf seiner Tagung am 19. November 1924 die Jugendfrage. Er fordert die Verbandsfunktionäre auf, dahin zu wirken, daß die in den Verbandsstatuten vorgesehenen Verpflichtungen für die Jugend erfüllt werden. Es ist auch darauf zu achten, daß ihnen der gesetzliche Schutz zuteil wird und in den Tarifverträgen Begünstigungen für die Jugendlichen aufgenommen werden. Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes müssen zu einem tüchtigen Nachwuchs herangebildet werden.

Entsprechend einem Beschlusse des Leipziger Gewerkschafts-Kongresses ist bei jedem Ortsauschuß des ADGB ein Jugendkartell zu bilden. Die Zahlstellenverwaltungen haben durch ihre Vertreter im Ortsauschuß dahin zu wirken, daß entsprechend den Musterstatuten die erforderlichen Einrichtungen geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Unsere Funktionäre haben dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Kollegen sich der Jugendbewegung annehmen und sich in der Jugendfürsorge betätigen.

Der Beirat ist der Auffassung, daß mit der Erfüllung dieser Pflichten auch ein gut Teil Wiederaufbauarbeit geleistet wird.

Der Beirat stimmt außerdem der Erwerbung von Häusern zu zwecks Beschaffung von Bureaus und Wohnungen für Verbandsangestellte. Der Beirat erteilt dem Hauptvorstande für die zurückliegende Berichtszeit Entlastung.

Großmann (Abteilung für Lohn- und Tarifwesen) referiert nunmehr über den zweiten Tagesordnungspunkt. Er wirft einen Rückblick auf die in der hinter uns liegenden Zeit gemachten Erfahrungen im Tarifvertragswesen. Nach eingehender Behandlung einiger besonders markanter Erscheinungen in bestimmten Industrien erörtert er die Aussichten für die Zukunft und bepricht die verschiedenen Möglichkeiten unserer Taktik. Großmann wendet sich gegen behördliche oder staatliche Zwangsmittel in der Tariffrage (Schiedssprüche, Verbindlichkeitsserklärungen), die sehr oft den Willen der Vertragsparteien nicht mehr erkennen lassen. Wir sind für Verträge, aber nicht für Verträge um jeden Preis. — Adler behandelt kurz die Stilllegung von Betrieben. Die recht eingehende Aussprache brachte be-

